Stadt Landau in der Pfalz

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Mobilitätsausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 21.05.2024,

Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00 Ende: 18:37

Stadt Landau in der Pfalz

Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Julius Baur

Johanna Diesinger

Dr. Lea Heidbreder

Ben Schwarz

CDU

Oliver Blanz

Akram Issa

Theo Kautzmann — Als Vertreter für Herrn Löffel

SPD

Paule Albrecht

Adrian Koder-Horsten

Prof. Dr. Hannes Kopf

FWG

Christian Gies-Dospil — Vertreter von Herrn Casella

FDP

Carsten Triebel

Pfeffer und Salz

Stefan Maaß

beratendes Mitglied

Susanne Brunck

Dieter Wörle

Vorsitzender

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Ralf Bernhard

Stefan Grewenig

Anna Kästner

Schriftführer/in

Sandra Zinke

Entschuldigt

CDU

Bernhard Löffel wird vertreten durch Herrn Kautzmann

FWG

Aniello Casella wird vertreten durch Herrn Gies-Dospil

Hermann Eichhorn

Die LINKE

Moritz Ranalder

beratendes Mitglied

Suhila Algmati

Maurice Wittmann

Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

2. Ausbau der K 14 mit Anlage einer Linksabbiegespur nach Dammheim
   Vorlage: 660/374/2024

3. Fahrgastzahlen im ÖPNV

4. Analyse zum Bahnausbau zwischen Landau und Pirmasens

4.1. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion

4.2. Stellungnahme der Verwaltung
   Vorlage: 660/377/2024

5. Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes
   Vorlage: 660/379/2024

6. Sichere Schulwege - Konzeption
   Vorlage: 320/095/2024

7. 5. Änderung des Bauprogramms 2022 - 2025
   Vorlage: 680/331/2024

8. Verschiedenes

Stadt Landau in der Pfalz

Öffentliche Sitzung

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Von Seiten der Anwesenden gab es keine Wortmeldungen.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Ausbau der K 14 mit Anlage einer Linksabbiegespur nach Dammheim

Der Vorsitzende Herr Bürgermeister Hartmann rief die Sitzungsvorlage der Abteilung Mobilität und Verkehrsinfrastruktur vom 24.04.2024 auf, welche dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Für nähere Ausführungen erteilte er Herrn Bernhard das Wort.

Herr Bernhard erläuterte, dass sich die Straße in einem schlechten baulichen Zustand befinde und zudem sehr schmal sei. Die Planung sehe vor, die Straße auf sechs Meter zu verbreitern. Das sei bei einer Verkehrsbelastung von rund 7.600 Fahrzeugen am Tag erforderlich. Zudem solle die Einmündung der Alten Bahnhofstraße mit einer Linksabbiegespur Richtung Dammheim und einer Überquerungshilfe für Radfahrende ausgestattet werden. Der Landkreis Südliche Weinstraße werde sich an dieser Baumaßnahme beteiligen und den weiteren Ausbau in Richtung Bornheim übernehmen. Die Maßnahme sei als Gemeinschaftsprojekt geplant und werde auch zusammen ausgeschrieben. Vorher müssten jedoch noch Grundstücksangelegenheiten geregelt werden. Die Straße verlaufe bereits jetzt teilweise auf Gelände der Deutschen Bahn und würde nach der Verbreiterung noch weiteren Platz benötigen. Man sei bereits mit der Deutschen Bahn in Kontakt. Geplant sei, dieses Jahr die formellen Dinge abzuschließen, sodass nächstes Jahr die Zuschussanträge gestellt werden könnten. Der Baubeginn sei dann für 2026 geplant. Die Planung ist als Anlage beigefügt.

Ausschussmitglied Frau Dr. Heidbreder fragte nach, wie die Ausgleichsflächen geplant wurden.

Herr Bernhard antwortete, dass die Ausgleichsflächen über das Ökokonto bedient werden.

Ausschussmitglied Herr Issa fragte, wie lange die Maßnahme voraussichtlich dauern werde.

Herr Bernhard antwortete, dass die Bauzeit voraussichtlich ein halbes bis dreiviertel Jahr betragen werde.

Ausschussmitglied Herr Blanz fragte, wie die Randbefestigung geplant sei.

Herr Bernhard erläuterte, dass vorgesehen sei, die Straße mit einer ca. 12 – 14 cm dicken Asphaltschicht zu überbauen. An der Seite würden zusätzlich Bankette hergestellt.

Ausschussmitglied Herr Triebel wollte wissen, ob wegen der Grundstücksankäufe bereits Gespräche mit der Deutschen Bahn liefen und wie lang die Aufstellfläche der Querungshilfe geplant sei.

Herr Bernhard teilte mit, dass man mit der Deutschen Bahn bereits in Kontakt stehe. Die Straße werde auch auf jeden Fall gebaut. Falls eine Verbreiterung nach Norden in Richtung Bahn nicht möglich sei, werde die Straße nach Süden auf städtischem Grund verbreitert. Die Länge der Aufstellfläche werde drei Meter betragen.

Ausschussmitglied Herr Maaß fragte nach der zukünftig erlaubten Geschwindigkeit und ob man durch ein Weglassen der geplanten Abbiegespur potenzielles Rasen verhindern könne.

Herr Bernhard antwortete, dass die Regelgeschwindigkeit außerhalb geschlossener Ortschaften 100 km/h betrage. Um davon abzuweichen, müsse es einen Grund geben. Die erlaubte Geschwindigkeit werde zu gegebener Zeit mit der Straßenverkehrsbehörde besprochen.

Ausschussmitglied Herr Gies-Dospil wollte wissen, ob die Zufahrt nach Dammheim ebenfalls verbreitert werden soll. Er erklärte, dass es manchmal etwas eng sei, wenn jemand rechts abbiegen wolle.

Herr Bernhard antwortete, dass die Breite so bleiben werde. Bezüglich der Abbiegeproblematik könnte man die Haltelinie etwas zurücksetzen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gab, beschloss der Mobilitätsausschuss einstimmig den folgenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

1. Dem Ausbau der K 14 mit Herstellung einer Linksabbiegespur nach Dammheim nach Anlage 1 wird zugestimmt.

2. Das Stadtbauamt wird beauftragt, die Planung weiterzuführen und den Zuschussantrag einzureichen.

3. Das Stadtbauamt wird beauftragt, die Maßnahme nach Eingang des Bewilligungsbescheids umzusetzen.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Fahrgastzahlen im ÖPNV

Der Vorsitzende Herr Bürgermeister Hartmann rief den 3. Tagesordnungspunkt auf, bei dem es um die Fahrgastzahlen im ÖPNV ging. Er erklärte, dass es vor ein paar Jahren noch Buslinien gab, bei denen teilweise nur sehr wenige Menschen mitgefahren seien. Man habe das zum Anlass genommen und Linienführungen und Haltestellen angepasst und zusammengelegt. Für weitere Ausführungen erteilte er Herrn Grewenig das Wort.

Herr Grewenig erläuterte anhand einer Präsentation, dass Landau als Aufgabenträger an fünf Linienbündeln beteiligt sei. Derzeit bedienten 25 Buslinien 93 Haltestellen. Seit 2020 seien Busse mit Sensoren ausgestattet, die die ein- und aussteigenden Fahrgäste zählten. Die Geräte funktionierten zuverlässig, allerdings verfügten noch nicht alle Busse über solch ein Fahrgastzählsystem. Insbesondere die Busse aus dem Umland wären nur zu einem geringen Teil ausgestattet. Die letzten verfügbaren Zahlen stammten aus 2018 und wurden mit einer anderen Methode erhoben. Seitdem seien relevante Veränderungen wie die Einführung des Landau-Takts oder des Deutschlandtickets erfolgt. Aus diesem Grund sei eine direkte Vergleichbarkeit nicht gegeben.
Er hob hervor, dass die Linie 535 vom Bahnhof zum Horst und wieder zurück zur Wollmesheimer Höhe in Ergänzung mit der Linie 538 zusammen mit Abstand die meisten Fahrgäste zu verzeichnen haben. Danach folge die Linie 537, welche die Krankenhäuser und Schulstandorte miteinander verbinde. Die anderen Linien stellten eine Grundversorgung dar. Der Verkehr aus dem Umland werde dabei nicht direkt abgebildet. So könne es zum Beispiel sein, dass Personen statt der Linie 536 (Mörlheim – Queichheim – Hauptbahnhof – Innenstadt) die Linie 555 nehmen, welche ebenfalls über Mörlheim und Queichheim zum Hauptbahnhof fahre. Das bedeute, dass die gezählten Fahrgäste der Linie 536 nicht mit der Anzahl Fahrgäste aus Mörlheim gleichzusetzen seien.
Bezüglich der Flexline stellte Herr Grewenig noch dar, dass mittlerweile über 66.000 Fahrgäste befördert wurden und es fast 5.500 aktive Nutzer gebe. Es gebe eine Pünktlichkeitsquote von 92 % und 83% aller Fahrtanfragen könnten bedient werden. Gründe dafür, dass bei einer Anfrage keine Fahrt angeboten werden könne, seien zum Beispiel eine parallel verlaufende Linienbusfahrt oder eine hohe Auslastung im Spätverkehr.

Der Vorsitzende ergänzte, dass es das Ziel sei, alle Busse mit einem Zählsystem auszustatten und die Daten langfristig zu erheben, um natürliche Schwankungen aufgrund des Wetters oder besonderen Veranstaltungen auszugleichen. Die reinen Schulbusse seien in dieser Grafik ebenfalls nicht enthalten. Er sagte zu, dass die Zahlen zur Verfügung gestellt werden, sobald sie vorlägen. Er unterstrich noch mal, dass es vor einem halben Jahr größere Veränderungen auf den Linien 535 und 538 gegeben habe.

Ausschussmitglied Herr Prof. Dr. Kopf erklärte, dass er den Eindruck habe, Landau hätte ein sehr ambitioniertes Angebot, aber er sehe sehr oft unbesetzte Busse. Das erinnere ihn an das Unishuttle, das es mal gegeben habe. Es gehe ihm darum, das System zu optimieren. Die Präsentation sei nicht besonders aussagekräftig. Er wollte noch wissen, ob die Zahlen aus 2018 durch den VRN ermittelt wurden.

Herr Grewenig bestätigte, dass die alten Zahlen aus einer Erhebung des VRN aus 2017 stammten. Diese Erhebungen erfolgten in der Regel alle 3 bis 5 Jahre, allerdings sei die

letzte Zählung aufgrund der Coronapandemie ausgefallen. Durch den Einbau des Zählsystems werde eine Zählung mittlerweile nicht mehr als notwendig erachtet.

Ausschussmitglied Frau Dr. Heidbreder bedankte sich für den Überblick. Die Ergebnisse deckten sich auch mit ihren persönlichen Erfahrungen. Sie denke, dass es ein Minimum an Abdeckung geben müsse, ab der die Menschen überhaupt erst beginnen würden, vom Auto auf den ÖPNV umzusteigen und der Umstieg dann zusätzlich auch einfach noch Zeit benötige. Sie wollte noch wissen, ob die Zahlen aus der Studie der TU Dresden zum gesamten Mobilitätsverhalten in Landau schon vorlägen und ob es Zahlen dazu gebe, wie viele Nutzer im Besitz des Deutschlandtickets seien.

Ausschussmitglied Herr Triebel wollte wissen, wie lange es voraussichtlich dauern werde, bis alle Busse aus dem Umland ebenfalls mit Zählgeräten ausgestattet seien und ob es möglich sei, Zahlen zur Busnutzung aus dem Landkreis SÜW zu erhalten.

Ausschussmitglied Herr Maaß fragte ebenfalls nach der voraussichtlichen Dauer zur Ausstattung aller Busse und ergänzte noch, dass es für Optimierungsüberlegungen noch zusätzliche Daten benötige.

Der Vorsitzende erläuterte, dass es in der Natur der Sache liege, dass zwischen 10 und 11 Uhr weniger Leute mit dem Bus fahren würden und es daher entsprechend auch mehr leere Busse gebe. Es bringe jedoch nicht unbedingt was, in diesen Zeiten weniger Busse fahren zu lassen, da das Busunternehmen trotzdem Personal und Fahrzeuge in den Spitzenzeiten vorhalten müsse und ein Ausdünnen des Netzes kaum Einspareffekte hätte. Aus diesem Grund sei sich für eine durchgehende Taktung entschieden worden, ein besseres System für am Ende gleich viel Geld, das mittel- und langfristig mehr Menschen zum Umstieg auf den ÖPNV bewegen werde. Zudem müsse man immer beachten, wann man sich die Busse anschaue. Ein Bus aus dem Horst sei nach dem Hauptbahnhof wahrscheinlich nicht mehr gut besetzt, da die Leute vom Horst zum Bahnhof gefahren und dort ausgestiegen seien. Dass jemand vom Horst die gesamte Strecke in die Wollmesheimer Höhe fahre, sei wahrscheinlich eher die Ausnahme.
Die Daten aus der Erhebung der TU Dresden würden Ende dieses Jahres zur Verfügung gestellt werden. Daten über die Nutzung des Deutschlandtickets gebe es nicht, da dieses bei jedem Verkehrsverbund erworben werden könne und dann überall gelte. Die Zeit, wann jedes Fahrzeug im VRN mit einem Zählgerät ausgestattet sei, sei nicht absehbar. Es solle allerdings jedes Fahrzeug ausgestattet werden, da geplant sei, die Einnahmen in Zukunft nach den Fahrgastzahlen zu verteilen. Abschließend ergänzte er noch, dass bei den alten Zahlen bedacht werden müsse, dass dort der Schulbus- und Zugverkehr mit einbezogen sei.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gab, schloss der Vorsitzende den Tagesordnungspunkt, der somit zur Kenntnis genommen wurde.

Stadt Landau in der Pfalz

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Analyse zum Bahnausbau zwischen Landau und Pirmasens

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.1. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion

Siehe Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.2

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4.2. (öffentlich)

Stellungnahme der Verwaltung

Der Vorsitzende Herr Bürgermeister Hartmann rief die Sitzungsvorlage der Abteilung Mobilität und Verkehrsinfrastruktur vom 24.04.2024 auf, welche dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er erklärte, dass geprüft werden solle, ob die Bahnstrecke nach Pirmasens zweigleisig ausgebaut werden könne. Ein Knackpunkt seien die ebenerdigen Bahnübergänge im Stadtgebiet. Es müsse geprüft werden, ob man durch bauliche Veränderungen oder effizientere Planung die Schrankenzeiten reduzieren könne, da diese im Süden und Westen der Kernstadt zu erheblichen Verzögerungen im Verkehr führen würden. Bezüglich der Zweigleisigkeit solle geprüft werden, ob diese auf der gesamten Strecke erforderlich sei oder ob man innerhalb der Kernstadt in Abschnitten bei einem Gleis bleiben könne. Es solle auch geprüft werden, ob in Landau noch weitere Haltestellen eingeführt werden könnten/müssten.

Ausschussmitglied Herr Prof. Dr. Kopf erklärte, dass das Thema sehr umfangreich sei und in den letzten 30 Jahren immer wieder diskutiert wurde, aber nie eine Studie durchgeführt worden sei. Er wollte wissen, was der letzte Stand sei und schlug vor, ebenfalls zu prüfen, ob eine Erhöhung der Taktfrequenz durch verkehrstechnische Maßnahmen möglich sei. So endeten die Verbindungen z.B. bereits relativ früh am Abend und seien außerhalb der Pendlerhochverkehrszeiten nicht besonders umfangreich.

Ausschussmitglied Frau Dr. Heidbreder bedankte sich für die Vorlage und erwähnte, dass sie letztens erfahren habe, dass der Schienennetzausbau zwischen Landau und Pirmasens nur mit ausreichend bewertet wurde.

Der Vorsitzende erläuterte, dass es keine Untersuchung der Strecke in den letzten fünf Jahren gab, andere Strecken seien hingegen untersucht worden, da die Bahn angekündigt hatte, zwei alte Strecken reaktivieren zu wollen. Da sei diese Strecke jedoch nicht dabei. Es sei trotzdem wichtig, die Untersuchung vorzunehmen, da die Umsetzung sehr lange dauern könnte und wenn man mit dem Beginn warte, sich die Fertigstellung ebenfalls verzögern werde.

Herr Grewenig ergänzte, dass der Besteller des Schienenverkehrs das Land Rheinland-Pfalz sei. Die Stadt Landau könne als Mitglied des ZÖPNV Fahrplanänderungen anregen. Er teilte zudem mit, dass die Züge elektrifiziert werden sollen und allein durch die modernen Fahrzeuge schon eine Effizienzsteigerung möglich sei. Ein Grund dafür, dass ab 21 Uhr kaum noch Züge fahren würden, sei die aktuelle Personalsituation, die sich auch in den nächsten Monaten eher nicht ändern werde. Es könne aber beim ZÖPNV nach einer Zubestellung gefragt werden.

Der Vorsitzende sagte zu, dass das in die Prüfung mit aufgenommen werde.

Ausschussmitglied Herr Gies-Dospil fragte noch mal nach, ob jetzt trotzdem die Zweigleisigkeit geprüft werde.

Der Vorsitzende bestätigte das.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gab, beschloss der Mobilitätsausschuss einstimmig den folgenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, über den ZÖPNV RLP Süd eine Analyse des zweigleisigen elektrifizierten Bahnausbaus zwischen Pirmasens und Landau anzustrengen.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Fortschreibung des Radverkehrskonzeptes

Der Vorsitzende Herr Bürgermeister Hartmann rief die Sitzungsvorlage der Abteilung Mobilität und Verkehrsinfrastruktur vom 06.05.2024 auf, welche dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er erläuterte, dass bereits vor drei Jahren ein Konzept zum Ausbau der Radwege vorgestellt wurde. Damals ging es hauptsächlich um die Verbindungen der Stadtdörfer zur Kernstadt und untereinander. Jetzt gehe es zusätzlich um die Verbindung der Stadtdörfer an Orte im Landkreis. In erster Linie gehe es um einen grundsätzlichen Beschluss, danach werde dann mit den Ortsbeiräten und danach mit den Dörfern im Landkreis gesprochen. Er ergänzte, dass die Radwege im Südosten der Stadt mittlerweile fast fertiggestellt seien und von dort viele positive Rückmeldungen kämen. Die Radwege seien in sehr unterschiedlichen Zuständen. Bei manchen seien nur einzelne Stellen z.B. im Kreuzungsbereich zu erneuern, während andere Wege komplett saniert werden müssten. Es sei auch nicht vorgesehen, alle Radwege zu Fahrradstraßen zu machen. Das sei nur bei bestimmten Wegen von besonderer Bedeutung vorgesehen.

Ausschussmitglied Herr Prof. Dr. Kopf war es wichtig, dass frühzeitig Gespräche mit der Landwirtschaftsseite geführt werden. Es sei auch wichtig, dass der Landkreis mit der Landwirtschaftsseite spreche, da die Wege dort ja weitergingen. Die Aufregung in der Vergangenheit sei aus seiner Sicht vermeidbar gewesen. Außerdem wollte er noch wissen, wann der Radweg am Birnbach fertiggestellt werde.

Der Vorsitzende erläuterte, dass es für diesen Weg mehrere Bauabschnitte gebe. Der erste Teil von Wollmesheim in Richtung Stadt werde in diesem Sommer saniert. Die Weiterführung auf der nördlichen Seite des Birnbaches stelle jedoch ein großes Problem dar, da der Weg in den Birnbach rutsche und für eine Verlegung keine Grundstücke zur Verfügung stünden. Dafür sei eine Lösung auf der südlichen Bachseite gefunden worden, für die jedoch der Weg komplett neu hergestellt werden müsse.
Bezüglich des Aspekts mit der Landwirtschaft erklärte Herr Hartmann, dass vor drei Jahren die Landwirtschaft frühzeitig eingebunden und die Planung mit den betroffenen Ortsverbänden der Bauern- und Winzerschaft abgestimmt war, bevor das Thema in den Gremien besprochen wurde. Der Ärger kam erst später, als der Kreisvorsitzende des Verbandes anmerkte, man hätte die Planung auch mit ihm abstimmen müssen. Selbstverständlich sei vorgesehen, vor den nächsten Schritten wieder mit den betroffenen Ortsverbänden zu sprechen.
Der Radweg nach Insheim sei auch auf deren Gemarkung bereits mit dem gleichen Standard wie in Landau ausgebaut worden. Ähnliche Absichten habe auch Herxheim geäußert.

Ausschussmitglied Herr Blanz empfahl, die Ortsvorsteher frühzeitig zu fragen, welche Wirtschaftswege so elementar seien, dass ein Radweg dort eher unerwünscht sei, während andere Wege eher für einen Ausbau als Radweg in Frage kämen.

Ausschussmitglied Herr Gies-Dospil betonte, dass es ihm wichtig sei, dass die Winzer ins Boot geholt werden würden.

Der Vorsitzende betonte, dass für die Verbesserung der Wege Mittel für die Radwegeinfrastruktur ausgegeben würden, davon aber auch die Winzer profitierten, da diese die Wege weiterhin nutzen dürften. Den Winzern würden dafür keine Kosten entstehen. Aus diesem Grund seien am Ende positive Rückmeldungen gekommen.

Ausschussmitglied Herr Blanz wollte wissen, ob das Personal, welches sich um die Reinigung und den Unterhalt der Straßen kümmere, erhöht werden müsse.

Der Vorsitzende erklärte, dass die Räum- und Reinigungspflicht hauptsächlich nur bei den rechtlich auch als solche klassifizierten Fahrradstraßen bestehe. Dafür sei Geld im Haushalt eingestellt. In der Praxis sei z.B. denkbar, dass der Ortsverband am Ende der Ernte mitteile, dass man jetzt fertig sei und die Straße dann gereinigt werde. Bezüglich der Schneeräumung müsse einem klar sein, dass die Radwege nicht im gleichen Maße geräumt werden, wie es bei Landstraßen der Fall sei. Es würden bei einem Eisalarm immer die zahlenmäßig wichtigsten Straßen zuerst geräumt. Die Radwege seien in der Prioritätenliste entsprechend weiter hinten.

Herr Bernhard ergänzte noch, dass man von Insheim, Herxheim, Offenbach und Siebeldingen gefragt worden sei, ob man den Radweg auf deren Gemarkung gleich mitmachen könne, die Orte würden dann den Eigenanteil übernehmen. Die Winzer seien auch zufrieden, da diese Geld beim Wirtschaftswegeunterhalt sparen würden. Es sei zusammen ein Schild für gegenseitige Rücksichtnahme entworfen worden.

Ausschussmitglied Herr Schwarz lobte, dass man das Radwegenetz auch wirklich als Netz begreife. Das führe dazu, dass man als Radfahrender anfange, dem Radweg zu trauen. Zudem sei das Diskussionsklima auf den Wegen vor Ort um einiges freundlicher als in den Kommentarspalten.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gab, beschloss der Mobilitätsausschuss einstimmig den folgenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

1. Dem Entwurf für die Fortschreibung des Radwegekonzeptes im ländlichen Raum wird zugestimmt.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Basis der Planung mit den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern sowie den Ortsbeiräten die jeweiligen Vorzugstrassen auszuwählen, eine Prioritätenliste zu erstellen und im Anschluss die Förderanträge aufzustellen.

3. Vor Einreichung der Förderanträge erfolgt eine weitere Gremienbeteiligung.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Sichere Schulwege - Konzeption

Der Vorsitzende Herr Bürgermeister Hartmann rief die Sitzungsvorlage vom 08.05.2024 des Ordnungsamtes auf, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er erläuterte, dass dieses Thema immer wieder aufkomme und es auch schon Aktionen gebe, z.B. die Sicherer Schulweg-Aktion oder dass das Ordnungsamt vermehrt das Parken kontrolliere und anspreche. Geplant sei, das Thema größer und strukturierter aufzuziehen und zwar in der Reihenfolge, die in der Sitzungsvorlage dargestellt sei. Ausschussmitglied Frau Albrecht habe im Schulträgerausschuss bereits vorgeschlagen, die Schüler schon früher, vor Punkt 2, in das Verfahren einzubinden, das sei für die Verwaltung kein Problem. Er erklärte, dass für die Onlinebeteiligung die Plattform des Mängelmelders genutzt werden solle, danach solle eine Begehung im direkten Umfeld der Schule erfolgen und ein Schulwegeplan erarbeitet werden. Dieser solle dann bei einer Elternversammlung vorgestellt werden. Zusätzlich sollen Angebote wie der „laufende Schulbus" gemacht werden. Die erarbeiteten Maßnahmen sollen dann umgesetzt werden und in den ersten beiden Monaten Schwerpunktkontrollen erfolgen. Geplant sei, zwei Schulen pro Jahr umzusetzen.

Ausschussmitglied Frau Dr. Heidbreder erklärte, dass sie das für ein wichtiges Thema halte. Da nur ca. zwei Schulen pro Jahr umgesetzt werden könnten, fragte sie, ob man da beginnen werde, wo die Herausforderung mit den Elterntaxis am größten sei. Des Weiteren fragte sie nach spezieller Beschilderung für Fahrradstraßen oder *Schulwegstraßen*.

Ausschussmitglied Frau Albrecht unterstrich die Notwendigkeit des Themas. Sie finde es wichtig, dass die Kinder frühzeitig beteiligt werden, da diese eine andere Perspektive hätten als Erwachsene. Die digitale Beteiligung könnte bestimmte Kinder von der Befragung ausschließen, die keinen Zugang zu digitalen Endgeräten hätten oder wenn eine Sprachbarriere herrsche. Da der Prozess sehr aufwendig sei, habe sie überlegt, ob es Sinn ergeben würde, die Planung extern zu beauftragen.

Der Vorsitzende ergänzte, dass von Frau Kästner geplant sei, Infobanner zu erstellen. Bezüglich der externen Vergabe erklärte er, dass man dem nachgehen könne und die möglichen Kosten ermittle. Allerdings kenne das externe Büro die Stadt nicht so gut, wie die Verwaltung selbst und das Kennenlernen der Gegebenheiten fließe in die Kosten umfangreich ein.

Ausschussmitglied Frau Albrecht erläuterte, dass in die Sitzungsvorlage aufgenommen werden solle, dass vor Onlinebeteiligung verbindlich eine Begehung mit den Schulkindern vor Ort erfolgen solle. Dieser Termin könnte vielleicht mit der Begehung durch den Elternbeirat zusammengelegt werden.

Ausschussmitglied Herr Triebel war für den Vorschlag, da die Kinder ja die betroffene Personengruppe sei.

Der Vorsitzende betonte, dass es überhaupt kein Problem sei, die Kinder zu beteiligen. Die Frage im Moment sei, wann das passiere. Die vorgeschlagene Vorgehensweise der Stadt sei es, zuerst in einer Onlinebefragung alles zu sammeln und danach die Kinder zu beteiligen. Frau Albrecht habe nun vorgeschlagen, die Kinder schon vorher zu beteiligen. Er habe damit kein Problem, dass bei Punkt 3 in der Vorgehensweise die Worte „soweit möglich mit den Schülerinnen und Schülern" aufgenommen werde.

Ausschussmitglied Frau Albrecht stellt klar, dass es ihr weniger um die Reihenfolge gehe, sondern darum, dass die Schüler nicht nur soweit möglich, sondern verbindlich in die Beteiligung mit aufgenommen werden.

Ausschussmitglied Herr Prof. Dr. Kopf erinnerte an die Aktion „gelbe Füße“ von vor ein paar Jahren und empfahl zudem die Einbindung des Aktionstages der Polizei „Sicherer Schulweg“.

Der Vorsitzende fasste zusammen, dass bei Punkt 3 die Worte „Schülerinnen und Schüler“ ohne weitere Zusätze ergänzt werden.

Der Mobilitätsausschuss beschloss einstimmig den folgenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Dem vorgelegten Konzept zur Verbesserung der Sicherheit auf Schulwegen wird zugestimmt.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

5. Änderung des Bauprogramms 2022 - 2025

Der Vorsitzende Herr Bürgermeister Hartmann rief die Sitzungsvorlage der Bauverwaltungsabteilung vom 29.04.24 auf, welche dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Für weitere Erläuterungen erteilte er Herrn Bernhard das Wort.

Herr Bernhard erklärte, dass das Bauprogramm aufgrund von verschiedenen Änderungen, zum Beispiel bei der Beleuchtung, immer wieder geändert werden musste. Die konkreten Änderungen seien in der Anlage dargestellt, weitere Haushaltsmittel seien nicht erforderlich.

Ausschussmitglied Herr Prof. Dr. Kopf wollte wissen, woher die Änderung bei den Mitteln der Wollmesheimer Straße komme.

Herr Bernhard erklärte, dass das daran liege, dass sich die Maßnahme um ein Jahr nach hinten verschiebe. Die dadurch nicht benutzten Mittel könnten für andere Maßnahmen verwendet werden.

Ausschussmitglied Herr Prof. Dr. Kopf wollte dann noch wissen, warum jetzt diese Maßnahmen ausgeführt werden würden. Es habe mal eine Hitliste der schlechtesten Straßen in Landau gegeben, ob da nicht wichtigere Projekte dabei wären.

Herr Bernhard erklärte, dass es sich bei den Maßnahmen nicht um Straßenerneuerungen handle, sondern um die Erneuerung von Teilen des Gehwegs. Straßenerneuerungen würden nicht über wiederkehrende Beiträge finanziert.

Der Mobilitätsausschuss beschloss einstimmig den folgenden Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Das Bauprogramm 2022 – 2025 wird nach Anlage 1 geändert.

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Verschiedenes

Ausschussmitglied Herr Triebel fragte, ob derzeit ein größeres Problem herrsche, dass Autos durch die Fußgängerzone Richtung französisches Tor fahren würden oder ob das nur vorübergehend sei.
Des Weiteren wollte er wissen, ob das falsche Schild an der Langstraße mittlerweile korrigiert worden sei und wie sowas passieren könne.
Frau Kästner erklärte, dass das Problem in der Fußgängerzone bereits seit längerem bestehe und durch das Ordnungsamt beobachtet werde. Manche kämen aufgrund der Baustellensituation, bei anderen sei es mittlerweile en vogue, in die Fußgängerzone zu fahren. Bis 11 Uhr sei ein Befahren zu Liefer- und Ladezwecken legal, aber es seien immer häufiger Privatpersonen, die keine Liefer- und Ladetätigkeit vorwiesen. Dazu käme, dass das Befahren eigener Stellplätze innerhalb der Zone derzeit geduldet werde.
Der Vorsitzende führte bezüglich des Schildes aus, dass dieses möglicherweise durch Vandalismus gelockert und dann verdreht wurde. Mittlerweile sei das Schild wieder richtigherum gedreht.

Ausschussmitglied Frau Albrecht fragte, ob sich der barrierefreie Ausbau des Bahnhofs in Godramstein verzögern würde.
Herr Bernhard teilte mit, dass der Bahnhof zwar barrierefrei ausgebaut werden solle, der Zeitpunkt jedoch noch nicht festgelegt sei. Derzeit laufe noch eine Untersuchung des Zweckverbands Schienenpersonennahverkehr zusammen mit der Deutschen Bahn für mehrere Bahnhöfe in der Südpfalz, wie und wann diese umgebaut werden.
Ausschussmitglied Frau Albrecht ergänzte, dass sie in der Zeitung gelesen habe, es gehe um die Erhöhung des Bahnsteigs und dass dafür Mittel für 2025 zur Verfügung ständen.
Herr Bernhard erklärte, dass diese Mittel für die Planung seien, wie z.B. der neue Bahnsteig gestaltet werde (ein Mittelbahnsteig oder zwei Außenbahnsteige). Diese Planung könne jedoch erst nach der Untersuchung erfolgen.

Ausschussmitglied Herr Schwarz regte an, am Sportcampus zu Zeitpunkten, an denen es sehr voll sei, vorne am Eingang jemanden zu postieren, der die Parkplatzsituation koordiniere, da es am letzten Sonntag dazu gekommen sei, dass immer mehr Autos immer weiter reingefahren wären, um einen Parkplatz zu suchen und teils mit überhöhter Geschwindigkeit wieder rausgefahren wären.
Der Vorsitzende sagte zu, das zu besprechen.

Stadt Landau in der Pfalz

Die Niederschrift über die 35. Sitzung des Mobilitätsausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 21.05.2024 umfasst 7 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 42.

Vorsitzender

Lukas Hartmann

Sandra Zinke
Schriftführer